Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg. Mittwoch, 1. März 1922 Nummer 102 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jungen-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 19.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Regierungskrise in England!

## Vor dem Rücktritt Lloyd Georges?

London, 1. März.

**Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Lloyd George sei mit der augenblicklichen Lage im Parlament sehr unzufrieden. Er sei der Ansicht, daß er nicht die loyale Unterstützung erhalte, auf die er als Haupt der Regierung Anspruch habe, und daß sein Einfluß im Unterhaus ernstlich geschwächt worden sei. Die Intrigen gegen seine Person und der vorsätzliche Versuch, der unternommen werde, um der Koalition ein Ende zu machen, hätten Lloyd Georges Stellung äußerst schwierig gestaltet. Lloyd George könne diese Behandlung unmöglich länger ertragen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß er ein Schreiben an Chamberlain als Führer der Unionisten gerichtet habe, in dem er zum Ausdruck bringe, daß er sich diesen demütigenden Verhältnissen nicht länger unterwerfen könne.**

**In einem Leitartikel schreibt „Daily Telegraph“, die Bedeutung obiger Meldung brauche nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Krise, die sich bereits seit einigen Wochen anbahne, habe ihren Höhepunkt erreicht. Die Fortdauer einer Behandlung, wie sie Lloyd George erfahre, müsse seinen Rücktritt unvermeidlich machen. — Der Rücktritt Lloyd Georges, der die Seele der Koalition sei, würde das Ende der Koalition bedeuten. Auf die Koalitionsregierung könne bei der augenblicklichen Zusammensetzung des Parlaments nur ein unionistisches Ministerium folgen, dessen Hauptaufgabe die baldige Auflösung des Parlaments wäre. Die unionistische Partei würde ohne eine Allianz mit den Liberalen bei den Neuwahlen einer Niederlage kaum entgehen können. Großbritannien sei jedoch heute nicht in der Lage, das Unheil, das eine von der Arbeiterpartei beherrschte oder in großem Maße von ihr abhängige Regierung zur Folge haben würde, zu überleben.**

•

Schon seit Wochen beherrscht eine schwere Krise die politische Stimmung in England. In dem Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe haben wir die historischen Ursachen dafür auseinandergesetzt. Die Krise ist zurückzuführen auf die Unsicherheit des wirtschaftlichen Lebens, das weite Kreise der Arbeiterschaft radikalen Losungen zugänglicher macht, aber auch in der Bourgeoisie steigendes Mißbehagen hervorruft. Seitdem Chamberlain vor kurzem auf einer Tagung der Unionisten erklärt hatte, daß mit den Neuwahlen die Koalition ihr Ende erreichen werde, ist das Bündnis zwischen den Unionisten und der liberalen Gefolgschaft Lloyd Georges praktisch erledigt. Von der Koalition spricht man in diesen Kreisen nicht mehr gern, man möchte höchstens noch eine lose Vereinigung, eine Kooperation, aufrechterhalten.

Wie stark die Mißstimmung gegen die Koalitionsregierung ist, das haben mit besonderer Deutlichkeit die letzten Nachwahlen zum Unterhause gezeigt. Die Koalition erlitt stets gründliche Niederlagen, wogegen die Unabhängige Arbeiterpartei und die radikalen Liberalen beträchtliche Erfolge erzielten, die sich in der Steigerung der Stimmenzahl und in der Gewinnung von Mandaten ausdrückten. Churchill hat zwar versucht, mit dem Sozialistenschreck die Wählerschaft vor der Arbeiterpartei gruselig zu machen; das ist ihm nicht geglückt, wie gerade die Nachwahlen ergeben haben. Es ist zwar noch immer fraglich, ob Lloyd George gerade jetzt seinen Rücktritt erklären wird oder ob er vorläufig nur noch das letzte und schwerste Geschütz auffährt, um seine Anhänger beisammenzuhalten. Denn die Situation ist im Augenblick für ihn besonders ungünstig.

Mit Neuwahlen zum Parlament rechnet man in England schon seit Monaten, aber es ist Lloyd George nicht geglückt, mit einem sichtbaren Erfolge vor die Welt zu treten, und dadurch seine beherrschende Stellung in der englischen Politik aufs neue zu festigen. Cannes hat kein positives Ergebnis gebracht; was aus der Konferenz von Genua wird, weiß eigentlich kein Mensch mehr. Die Verhandlungen mit Poincaré haben den französischen Nationalismus gestärkt, und die Lösung der weltwirtschaftlichen Krise, unter der auch England so außerordentlich schwer leidet, ins Ungewisse hinausgeschoben.

Es ist vorläufig nicht abzusehen, in welchen Formen die englische Krise verlaufen wird, und es wäre müßig, jetzt schon Prophezeiungen über den vermutlichen Ausfall von Neuwahlen anzustellen. Soviel ist jedoch sicher, daß die Angst der englischen Bourgeoisie davor, daß die Arbeiterpartei nunmehr die Herrschaft, allein oder in Verbindung mit den radikalen Liberalen, antreten könnte, ihre guten Gründe hat. Das Gegenteil von dem, was der „Daily Telegraph“ ankündigt, würde freilich erreicht werden, wenn die Führung der englischen Politik an die Arbeiterpartei **übergehen sollte. Dann wäre zu erwarten, daß England** eine Politik treibt, die ebenso den Interessen der eigenen Arbeiterklasse, also der gewaltigen Mehrheit des Landes, als den Interessen Europas und der Welt entspricht. Lloyd George hat zwar endlich einsehen müssen, wie eng verknüpft die Wiedergesundung der englischen Wirtschaft mit dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ist. Aber er ist zu sehr an die Bourgeoisie gebunden, als das er es wollte. Er schwankte hin und her, gab an dem einen Tage Erklärungen ab, die einen völligen Bruch mit den bisherigen Auffassungen bekundeten, und wich am nächsten Tage vor den Ansprüchen der französischen Nationalisten wieder zurück. So hat gerade diese unsichere Politik es verhindert, daß das von ihm selbst aufgestellte Ziel erreicht werde, das in der politischen Beruhigung Europas, der Neubelebung der Weltwirtschaft und damit dem Beginn der wirtschaftlichen Prosperität für England gipfelte.

Entspringt die jetzige Krise in England außenpolitischen Ursachen, so muß sie auch starke Wirkungen nach außen auslösen. Die englische Arbeiterpartei wird nicht den Ruin des Landes herbeiführen, sondern sie ist gezwungen, will nicht auch sie Schiffbruch erleiden, neue Wege in der englischen auswärtigen Politik, insbesondere im Verhältnis zu Mittel- und Osteuropa, einzuschlagen. Die englischen Arbeiter mögen in ihrer Masse noch keine überzeugten Sozialisten sein; aber der ständig steigende wirtschaftliche Druck zwingt sie, sozialistische Forderungen aufzustellen, die von der Arbeiterpartei vertreten werden müssen. Es genügt jetzt nicht mehr, einige untergeordnete Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen, sondern es muß mit den bisherigen Methoden der englischen Außenpolitik gebrochen werden. So kann die jetzige Krise zu einer Götzendämmerung des britischen Imperialismus führen und damit zu einem entscheidenden Angriff auf jenes politische System, daß sich auf militärischer Gewalt aufbaut und die wirtschaftlichen Gesetze der Welt mißachtet.

## England und Aegypten

### Die britischen Vorbehalte

London, 28. Februar.

Im Unterhause gab Lloyd George die erwartete **Erklärung über Aegypten** ab. Er sagte: Wir haben seit langer Zeit anerkannt, daß das Protektorat keine befriedigende Grundlage mehr für die Beziehungen zwischen dem britischen Reiche und Aegypten bildet. Wir haben ferner erklärt, daß mit Rücksicht auf die besondere geographische Lage Aegyptens **das Protektorat nur aufgehoben werden kann, wenn die Interessen des Reiches vollkommen gewahrt bleiben.** Die Schwierigkeit, diese Interessen mit den ägyptischen Bestrebungen zu vereinigen, konnte bei den Verhandlungen mit Adly Pascha im letzten Sommer nicht behoben werden. Gegenwärtig gibt es keine ägyptische Regierung, die so weit gehen könnte, eine entsprechende Verpflichtung zu übernehmen. Infolgedessen hat die britische Regierung beschlossen, **eine einseitige Erklärung** abzugeben. Bei diesem Beschluß hatte sie die uneingeschränkte Unterstützung Lord Allenbys und der gesamten ägyptischen Beamten hinter sich. Sie glaubt, daß auch das Parlament und die öffentliche Meinung Großbritanniens ihren Standpunkt billigen wird. — Die Erklärung enthält folgende Grundsätze:

1. Das **Protektorat wird aufgehoben** und es steht Aegypten frei, nationale Einrichtungen zu schaffen, die den Wünschen des ägyptischen Volkes entsprechen.

2. **Der Belagerungszustand wird aufgehoben, sobald ein Indemnitätsgesetz angenommen ist.**

3. Die folgenden vier Fragen bleiben **dem Ermessen der britischen Regierung vorbehalten:** a) die **Sicherheit der Verbindungslinie des britischen Reichs** in Aegypten, b) die **Verteidigung Aegyptens** gegen jeden fremden Angriff bzw. direkte oder indirekte Einmischung, c) der **Schutz der ausländischen Interessen** und der Minderheiten in Aegypten, d) **der Sudan.**

Lloyd George fuhr fort: Wir sind bereit, mit der ägyptischen Regierung in einem Geist der Versöhnlichkeit ein beide Teile befriedigendes Abkommen über diese Fragen zu schließen, sobald sich eine günstige Gelegenheit darfür bietet. Bis dahin bleibt der Status quo bezüglich der unter a, b, c, d erwähnten Punkte unverändert. (Beifall.)

**Ueber den Sudan** erklärte Lloyd George noch, **die britische Regierung werde niemals zulassen, daß die dort erzielten Fortschritte und die Zukunftsaussichten des Gebiets gefährdet werden.** Die Engländer hätten Millionen für dieses Land aufgewendet. Auf der andern Seite werde die britische Regierung dafür sorgen, daß durch die Entwicklung des Sudans die Versorgung Aegyptens mit den für die Landwirtschaft notwendigen Wassermassen nicht benachteiligt werde. Zum Schluß sagte Lloyd George, die von ihm abgegebene Erklärung entspreche der Politik, die auf der Reichskonferenz im vorigen Jahre als wünschenswert bezeichnet worden sei. Die Regierung setze ihr volles Vertrauen auf Marschall Allenby. Chamberlain teilte mit, daß keinerlei Veränderung bezüglich Aegyptens vorgenommen werden würde, bevor nicht das Unterhaus die Frage erörtert habe. Diese Erörterung werde voraussichtlich am 9. März stattfinden.

## Dokumente über die ägyptische Frage

London, 28. Februar.

Die heute im Parlament über die ägyptische Frage verteilten Dokumente, die **die Grundlage der Rede Lloyd Georges** bildeten, enthalten 36 Aktenstücke. Das 35. Aktenstück enthält den **Text der Mitteilung des Marschalls Allenby an den Sultan von Aegypten.** § 9 dieser Mitteilung lautet:

Es besteht **kein Hindernis für die sofortige Wiedereinsetzung eines ägyptischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten,** das die vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung einer diplomatischen und konsularischen Vertretung Aegyptens treffen kann. In § 10 heißt es: Die **Schaffung eines Parlaments,** welches das Recht besitzt, die Politik und die Verwaltung einer verfassungsmäßigen und verantwortlichen Regierung zu kontrollieren, ist eine Angelegenheit, die Sache Ihrer Hoheit und des ägyptischen Volkes ist.

Das Aktenstück Nr. 36 enthält ein Telegramm, das gestern von Lloyd George an die britischen Dominions abgeschickt wurde, um ihnen **die Beendigung des britischen Protektorats in Aegypten** mitzuteilen. Es besagt u. a.: Wir beabsichtigen bei Uebermittlung dieser Erklärung den auswärtigen Mächten mitzuteilen, daß die Aufhebung des Protektorats **keine Aenderung des Status quo bezüglich der Stellung der anderen Mächte gegenüber Aegypten** mit sich bringt. Wir werden erklären, daß **die Wohlfahrt und die Integrität Aegyptens für den Frieden und die Sicherheit des britischen Reiches notwendig sind,** das infolgedessen **besondere Beziehungen zu Aegypten unterhalten wird,** wie sie seit Jahren von den anderen Regierungen anerkannt sind. Wir werden ferner erklären, daß wir **keiner anderen Macht gestatten werden, diese besonderen Beziehungen Großbritanniens zu Aegypten zum Gegenstand einer Erörterung zu machen oder in Frage zu stellen, und daß wir jeden derartigen Versuch als eine unfreundliche Haltung ansehen werden.**

•

Die Aufhebung des englischen Protektorats über Aegypten dürfte an den bisherigen Verhältnissen nicht viel ändern. Das geht aus der Erklärung Lloyd Georges im Unterhause und aus dem Telegramm an die britischen Dominions deutlich hervor. England will sich die Verbindungslinie nach dem Süden sichern und den Sudan fest in der Hand behalten. Es will auch weiter die Verteidigung Aegyptens übernehmen und außerdem keinen anderem Staat gestatten, sich in das Verhältnis Aegyptens zu Großbritannien einzumischen. Somit bleiben die Lebensquellen des ägyptischen Staates sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung fest in der Hand der britischen Regierung. Das ägyptische Parlament und das ägyptische Ministerium des Auswärtigen sollen die Kulissen bilden, hinter denen England seine Fäden zieht. Man begreift, daß die englische Regierung ihre Erklärung als einseitig bezeichnet; die vom britischen Imperialismus dargebrachte Befreiung scheint doch nicht das zu sein, wonach das ägyptische Volk verlangt.

## Die russische Schuld in England

London, 1. März.

Die Regierung teilte gestern im Unterhause mit, daß die russische Schuld in England **561 590 000 Pfund Sterling** betrage ausschließlich der Zinsen seit 31. Dezember 1918.

## Die amerikanische Handelsflotte

Washington, 1. März.

Präsident Harding hat gestern dem Kongreß einen Gesetzentwurf über die Entwicklung der Handelsmarine unterbreitet, die jährliche Subvention beträgt 32 Millionen Dollar, die aufgebracht werden sollen durch eine 10 prozentige Abgabe von den Zolleinnahmen. Die von dem Schiffahrtsamt augenblicklich zurückgehaltenen Schiffe sollen verkauft werden. **Mit fremden Schiffen** können nach den Vereinigten Staaten **nicht mehr als 50 Prozent der Einwanderer befördert** werden. Die **Eisenbahntarife sollen für Waren, die durch amerikanische Schiffe befördert werden herabgesetzt werden.** Präsident Harding fügte hinzu, die Amerikaner müßten sich eine Ehre daraus machen, die Transporteure ihrer eigenen Waren zu sein.

## Die ungarische Wahlrechtsordnung

Budapest, 1. März. (Intel.)

Die Berichte der Blätter über die dem Lande von der Regierung Bethlen aufoktroyierte Wahlrechtsordnung lassen erkennen, daß das Wahlrecht für das neue Parlament **eine noch verschlechterte Ausgabe des Entwurfs ist, den die Nationalversammlung abgelehnt hat.** Das Organ der sozialdemokratischen Partei, die „Nepszava“, schreibt, daß durch diese Wahlordnung eine Lage geschaffen werde, die **der Sozialdemokratischen Partei eine Beteiligung an den Wahlen unmöglich machen kann.** Ein offizieller Beschluß der sozialdemokratischen Partei, die Wahlen wiederum zu boykottieren, liegt bisher nicht vor. Die sozialdemokratischen Führer hoffen noch, daß die Drohung mit dem Boykott den Grafen Bethlen mit Rücksicht auf das Ausland veranlassen könnte, die Wahlrechtsordnung, wenigstens in einzelnen Punkten, etwas demokratischer zu gestalten.

# Frankreich und die Abrüstung

## Immer noch Furcht vor Deutschland

**Paris, 28. Februar.**

In der heutigen Kammersitzung wurde die Besprechung des Gesetzentwurfs betr. Rekrutierung des französischen Heeres eröffnet. In der Debatte ergriff zuerst der Berichterstatter Fabry das Wort zu einer eingehenden Begründung. Nach seiner Ansicht gibt es in der französischen Kammer keine Anhänger der Dienstzeit von 18 Monaten oder der Dienstzeit von einjähriger Dauer. Alle Kammermitglieder seien Anhänger der kürzesten Dienstzeit, die möglich sei. Die Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr sei gewissen politischen Bedingungen untergeordnet, die die Regierung und das Parlament stellen müßten, so u. a. der Organisation einer ständigen Kontrolle in Deutschland, der Schaffung eines neuen Schutzvertrages, der Vorbereitung von Interventionsmitteln für den Völkerbund.

Der Berichterstatter trat alsdann den vielfach falschen Auslegungen entgegen, die im Ausland den Worten „Sicherheit und Entwaffnung" gegeben würden. Diese Begriffe seien nicht die gleichen in Frankreich, in England und den Vereinigten Staaten. Frankreich bereite nicht den Krieg vor, es treffe nur Vorsichtsmaßnahmen. Die Sicherheit eines Landes beruhe auf der Unverletzlichkeit seines Bodens. Zwischen der Lage vor 1914 und der heutigen Lage sein ein großer Unterschied. Vor dem Kriege habe Frankreich niemals die gleichen Anstrengungen wie Deutschland machen können, jetzt aber seien die Bedingungen günstiger, so daß die deutsche Bedrohung nur in dem Maße gefährlich werden könne, in dem Frankreich sie gefährlich werden lasse. **Die materielle Entwaffnung Deutschlands in bezug auf seine Kriegsmittel sei durch die Kommission Nollet in befriedigender Weise durchgeführt worden.** Allerdings gebe es noch viele versteckte Waffen in Deutschland. Der Berichterstatter sprach alsdann von der industriellen Mobilisierung Deutschlands, die nach seiner Ansicht organisiert bleibt. Die chemischen Fabriken bedeuteten eine gefährliche Waffe, jedoch sei es gut, daß 80 Prozent dieser Industrie auf dem linken Rheinufer gelegen seien. Man könne also eine ständige direkte Kontrolle ausüben. Es seien aber Anzeichen vorhanden, daß die Deutschen sich bemühten, auf dem rechten Rheinufer Fabriken dieser Art zu schaffen. **Die deutsche Zivilflugzeugindustrie werde sich nun aufs neue entwickeln können.** Hier sei die Verantwortlichkeit der Alliierten direkt engagiert, und die Notwendigkeit einer ständigen strengen Ueberwachung könne nicht abgeleugnet werden.

Der Berichterstatter Fabry erklärte weiter, dieses (von ihm geschilderte) Deutschland in Verbindung mit der Schwerindustrie bilde das Deutschland, das denke und handle. Es predige den Haß gegen Frankreich und die Revanche. **Stinnes und Ludendorff seien seine offiziellen Vertreter.** Es gebe auch ein anderes Deutschland, von dem hauptsächlich in den arbeitenden Klassen gesprochen werde. Aber diese Leute würden selbst zugestehen, wenn man sie fragte, daß sie gegenüber den ersteren ohnmächtig bleiben. Redner versucht alsdann zu beweisen, daß Deutschland alle Anstrengungen mache, um eine Organisation zu rascher Mobilisierung zu erhalten, also Reserven instruierter Mannschaften und eine Reserve an Cadres. In Verbindung damit bespricht er die Organisation der Reichswehr, der Schutzpolizei und der Technischen Nothilfe. **Die letztere nennt er den organisierten Flügel der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Industriemobilisierung.** So verfüge Deutschland über wenigstens 250 000 Mann hervorragender Cadres, von denen 100 000 Mann in der außerordentlich vervollkommneten Armee und 150 000 in Formationen eingeteilt seien, die für eine rasche Mobilisierung ausgerüstet würden. Diese Bedrohung entspreche keineswegs der, die entstehen würde, wenn der Friedensvertrag nicht ausgeführt werde. Also müsse ständig kontrolliert werden, und man müsse eine Politik auf lange Sicht betreiben.

Der Abg. Fabry weist alsdann auf die unsichere Lage Polens hin, das zwischen Deutschland und Rußland einer Gefahr ausgesetzt sei und das sich noch nicht an die Kleine Entente durch eine Militärkonvention gebunden habe. Das Gleichgewicht in Mitteleuropa könne nicht gestört werden, solange Frankreich am Rhein stehe und gegenüber Deutschland eine genügend starke Militärmacht besitze. **So bleibe die Notwendigkeit eines starken Heeres auch in Friedenszeiten.** Die Kammer müsse sich einmütig für die erforderliche Heeresstärke aussprechen.

# Wahlrechtskämpfe in Japan

**Tokio, 27. Februar. (Intel.)**

Die Bewegung zugunsten des allgemeinen Wahlrechts greift immer weiter um sich und **nimmt immer schärfere Formen an.** Am 25. Februar versuchte ein starker Trupp von Wahlrechtsdemonstranten in das Parlamentsgebäude einzudringen, um den Regierungsvertretern ihre Forderungen zu unterbreiten. Da **Polizei das Gebäude abgesperrt hatte, kam es zu blutigen Zusammenstößen. Zahlreiche Demonstranten wurden getötet oder verletzt.** Die Polizei nahm 60 Verhaftungen vor. Weitere Verhaftungen sind angekündigt. Die Sitzung des Parlaments, die am Tage nach dieser Demonstration stattfand, nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Die Progressivpartei hatte einen Antrag eingebracht, der sich gegen die von der Polizei getroffenen Maßnahmen wandte. Während der äußerst erregten Debatte wurde eine Schlange in den Sitzungssaal geworfen. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Die nächsten Sitzungen sollen unter polizeilichem Schutz tagen.

# Preissteigerung und Geldentwertung

## Eine interessante Statistik

Anschaulicher als der schönste Zeitungsaufsatz in Fettdruck beweist folgende Gegenüberstellung, die wir der „Lederarbeiter-Zeitung" entnehmen, wie riesengroß die Geldentwertung vorgeschritten ist. Man kaufte für:

| | 1914 | 1921 |
|---|---|---|
| 1 ℳ | je 1 Pfd. Mehl, Zucker, Salz, 5 Pfd. Kartoffeln, 1 Liter Milch, 1 Ei und 1 Hering | 1 Paar Kinderschuhbänder |
| 1 „ | 8 Pfd. Brot | 2 Brötchen zu je 50 g |
| 2 „ | 20 frische Eier | 1 Salzhering |
| 3 „ | 1 Zentner Kartoffeln | 1½ Pfd. Zwiebeln |
| 4 „ | 4½ Zentner Kohle | 1 Pack Streichhölzer |
| 5 „ | ½ Zentner Mehl | 2 Pfd. Kochäpfel |
| 6 „ | 5 Pfd. Butter | 1 Liter Milch |
| 7 „ | 14 m Leinewand | 1 Taschentuch |
| 8 „ | 1 guten Frauenrock | 1 ℔. Rolle Nähgarn |
| 9 „ | 1 fette Gans | ½ Pfund Rindfleisch |
| 10 „ | 1 Paar Schuhe | 2 Dos. Schuhcreme |
| 20 „ | den Lebensmittelbedarf einer Arbeiterfamilie | ¼ Pfd. Margarine |
| 60 „ | 1 Herrenanzug nach Maß | 1 Paar Hosenträger |
| 100 „ | 1 Zweizentner-Schwein | 1 Hasen |
| 300 „ | 1 Milchkuh | 1 Paar Schuhe |
| 1000 „ | 1 Arbeiterwohnungseinrichtung | 1 Küchenschrank |
| 2000 „ | den jährlichen Lebensbedarf für eine gutsituierte Beamtenfamilie | 1 Herrenanzug |

Die angegebenen Preise sind Berliner Preise, die im Juli 1914 und im November 1921 gezahlt werden mußten.

# Die Novelle zum Landessteuergesetz

## Die Steuerbeteiligung der Länder und Gemeinden

Nach einer Meldung einer hiesigen Korrespondenz enthält die Novelle zum Landessteuergesetz, die dem Reichstag jetzt zugehen wird, Vorschriften über die Erhebung einer Fahrzeugsteuer für den Zweck der außerordentlichen Wegabnutzung, ferner wird die Erhebung einer Vergnügungssteuer seitens der Gemeinden obligatorisch gemacht. Die Gemeinden dürfen auch Getränkesteuern erheben, und zwar nach dem Kleinhandelspreise mit 2 v. H., bei Schaumwein und ähnlichen Getränken 5 v. H., bei Branntwein 10 v. H., oder nach der Menge: bei Bier 10 Pf., Mineralwässern 2, anderen künstlich bereiteten Getränken 5, Wein 50, weinähnlichen Getränken 20 Pf. für ein Liter, Trinkbranntwein 7,50 M. das Liter, Fruchtschaumwein 1 M., andere Schaumweine 4 M. die Flasche.

Die Länder erhalten Anteile an Einkommen-, Körperschafts-, Erbschafts-, Grunderwerbs-, Umsatz-, Rennwett-, Gewerbeanschaffungs- und Kraftfahrzeugsteuer. Länder und Gemeinden können Zuschläge zur Grunderwerbssteuer erheben, die Gemeinden können Zuschläge zu der erhöhten Umsatzsteuer erheben. Nach der Vorlage sollen die Länder erhalten zwei Drittel des Einkommensteuersolls von 23 000 Mill., zwei Drittel des Körperschaftssteuersolls von 4000 Mill., 10 v. H. des Umsatzsteuerertrages von 24 500 Mill., 50 v. H. der Grunderwerbssteuer von 550 Mill., 20 v. H. der Erbschaftssteuer von 700 Mill., je ⅓ v. H. der Rennwett-, Kraftfahrzeug- und Gewerbeanschaffungssteuer, **insgesamt für 1922 rund 22 500 Mill.** Die Gemeinden werden künftig aus der Umsatzsteuer jährlich 500 Mill. erhalten, statt bisher 300—4000 Mill. Auch außer dem erhöhten Betrage der Körperschaftssteuer werden sich Mehreinnahmen für die Gemeinden ergeben. Ferner sollen die Gemeinden einen höheren Anteil an dem Ertrage der erhöhten Umsatzsteuern erhalten (10 v. H.) und Zuschläge erheben dürfen. Das Aufkommen aus den Getränkesteuern wird auf rund 600 Mill. veranschlagt. — Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. April 1922 in Kraft treten.

# Reichsmietengesetz und Ueberfremdung

Unter den Bedenken, die gegen den Entwurf des Reichsmietengesetzes erhoben werden, tritt besonders häufig die Behauptung auf, das Reichsmietengesetz werde die Ueberfremdung fördern. Eine Ueberfremdungsgefahr könnte in der Tat dann vorliegen, wenn wirtschaftlich schwachen Hausbesitzern die Mittel fehlen, um die Lasten des Hausbesitzes zu tragen, die Verwaltung ordnungsgemäß zu führen und die notwendigen Reparaturen auszuführen. Gerade die Mittel hierfür aber stellt das Reichsmietengesetz, und zwar unstreitig in ausreichendem Umfang, zur Verfügung, so daß die Notwendigkeit der Verschleuderung von Hausbesitz an Ausländer für keinen Hausbesitzer mehr besteht, wenn das Gesetz zustande kommt. Gesteigert aber würde die Ueberfremdungsgefahr gerade dann, wenn den weitergehenden Wünschen einzelner Grundbesitzerkreise stattgegeben und volle Freiheit in der Steigerung der Mieten gewährt würde. Denn dann würden die Wohnhäuser wieder in stärkerem Maße Handels- und Spekulationsobjekte und für Ausländer würde ein Anreiz zu spekulativem Aufkauf des deutschen Hausbesitzes überhaupt erst geschaffen.

# Das neue Ortsklassenverzeichnis

## Im Reichsrat angenommen

Mit der Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses haben sich nicht weniger als acht Ausschüsse des Reichsrats beschäftigt. Insgesamt sind 3525 Höherstufungen erfolgt. Die Kosten der Nachzahlungen vom 1. April 1920 ab werden auf 2 Milliarden und fortlaufend für jedes Jahr auf 1 Milliarde veranschlagt.

Das Plenum des Reichsrats nahm die Vorlage nach den Beschlüssen der Ausschüsse an.

Im einzelnen ist zu erwähnen, daß in Ortsklasse A versetzt wurden u. a.: Braunschweig, Erfurt, Cassel, Münster, Merseburg, Bitterfeld, Ratibor, der ganze Waldenburger Kohlenbezirk, Travemünde, Augsburg, Edenkoben, St. Goarshausen, Schönberg, Unkel, München-Gladbach sowie unter zahlreichen süddeutschen Orten auch Miesbach, ferner Durlach, Bischofsheim, Rüsselsheim, Oppenheim, Otterstedt, Waldsee.

Nach Klasse B sind gekommen: Gumbinnen, Lyck, Marienburg, Marienwerder, Stargard (Pommern), Köslin, Sorau, Rathenow, Luckenwalde, Zossen, Wittenberge, Landsberg a. W., Stendal, Quedlinburg, Naumburg, Bad Oldesloe, Hameln, Celle, Lüneburg, Norden, Norddeich, Ahaus, Coesfeld, Ibbenbüren, Minden, Oeldewerl, Fulda, Montabaur, Regensburg, Dachau, Schliersee, Marktredwitz, Rehau, Immenstadt, Kulmbach, Brückenau, Riesa a. E., Döbeln, Frankenberg i. S., Treuen i. Vgtl., Lengefeld, Markneukirchen, Eibenstock, Schneeberg, Kirchberg, Ebingen, Geißlingen, Heidenheim, Ueberlingen, Müllheim, Friedrichsfeld, Apolda, Saalfeld, Rudolstadt, Meiningen, Arnstadt, Poßneck, Schmölln, Friedrichsroda, Jugenheim, Wismar, Helmstedt, Varel, Raguhn, Cöthen.

# Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau

Zur Regelung der Löhne in den Revieren des Stein- und Braunkohlenbergbaues hatte der Reichsarbeitsminister einen Schlichtungsausschuß eingesetzt, der am Montag, den 27. Februar, unter Vorsitz des Staatsministers Severing getagt hat. Für das Ruhrgebiet, das Kölner und das Mitteldeutsche Braunkohlengebiet hat der Schlichtungsausschuß durch Schiedssprüche **Erhöhungen der Schicht- und Gedinge-Löhne sowie des Kindergeldes** festgesetzt. Die Arbeitgebervertreter erklärten die Annahme der Schiedssprüche unter der Voraussetzung entsprechender Neuregelung der Kohlenpreise; die Arbeitnehmervertreter erklärten, **für die Annahme der Sprüche durch die Arbeiterschaft eintreten zu wollen.** In den übrigen Steinkohlengebieten haben die Parteien sich über Lohnerhöhungen geeinigt.

**Der nächste deutsche Städtetag** wird in Essen abgehalten werden, und zwar voraussichtlich Ende März. Die letzte Tagung ist in Stuttgart abgehalten worden.

**Die kanadische Bevölkerungszahl.** Kanada zählt nach amtlichen Angaben gegenwärtig 8 772 000 Einwohner.

# Aufzeichnungen aus Palästina

**Von Arthur Holitscher**

Arthur Holitscher ist vor kurzem aus Palästina zurückgekehrt, wo er die Arbeiten des Zionismus an der Quelle studiert hat. Einige Abschnitte seiner Aufzeichnungen geben wir hier nach den Aushängebogen der „Neuen Rundschau" (März-Heft) mit Erlaubnis des Verlages von S. Fischer wieder.

Nicht lange, drei, fünf Wochen lang, steht der Chaluz (der eingewanderte jüdische Arbeiter) unter Obhut der zionistischen Kommission. Dann muß er weiter für sich sorgen.

In Jaffa, Haiffa, in Jerusalem registriert zugleich mit dem Einwanderungsamt die Histadrut, kooperative Vereinigung und Arbeitsnachweis der Arbeiterparteien; die Ankömmlinge, verteilt sie übers Land an die Stellen, in die Gewerbe, die Arbeiter verlangen, in die landwirtschaftlichen, städtischen, in den Straßenbau. —

Der Weg, den der Chaluz durchzumachen hat, bis er in die ersehnte landwirtschaftliche Stelle vordringt, ist mitunter ein langwieriger Schmerzensweg, und nicht jeder legt ihn heil an Körper und Seele zurück.

Der Beginn ist zumeist beim Straßenbau, bei der Entwässerung und Trockenlegung von Sümpfen, beim Hausbau, vielen Formen der Bauarbeit, die mit einer Gesamtbezeichnung „Schwarzarbeit" genannt wird — aus guten Gründen.

Die schwere Arbeit des Steinklopfens, des Mauerns und Bauens im Sonnenbrand, des bis an die Knie im Sumpf-Stehenmüssens entspricht nicht den Wünschen, aber auch nicht den physischen Bedingungen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. Es sind Notstandsarbeiten — sie fallen, soweit es sich um den Straßenbau handelt, nicht dem Säckel der zionistischen Kommission zur Last; die englische Regierung teilt sie aus. Man drapiert wohl diese Not mit der Formel: alle Arbeiten im Lande, die letzte, schwerste, schwärzeste so gut wie die hellste, freudigste, müsse von den Unseren geleistet werden. Keine dürfe abgelehnt werden. Nur so könne das Land restlos erobert werden. Aber es ist immerhin die bare Not, die auf den heißen Straßen die Jungen und Mädchen ihren Hammer führen läßt. (In Tel-Awiw sah ich einen Studenten der Chemie, der drei mit Sandsäcken beladene Kamele trieb; fröhlich schritt der Chaluz hinter seinen Kamelen drein; es war weiße Arbeit.)

Die Kwisch (Straße) zehrt an Muskeln und Nerven des Chaluz, an dem einzigen Gut, das ihm übrig bleibt, wenn die Kommission ihre schützende Hand von ihm zieht: seinem Idealismus, seiner Liebe zum Urväterland. Er arbeitet schließlich nicht mehr aus Liebe zu Erez Israel (dem Lande Israels), sondern um nicht zu hungern oder betteln zu müssen.

Der Weg zum Boden, zur Scholle ist weit, weit, —

In mancher dieser Schwarzarbeitergruppen verbrachte ich denkwürdige Stunden.

An der Straße Haiffa-Jemma liegt eine, nach ihrem bulgarischen Führer benannte, im ganzen Land bekannte Gruppe. In ihr — etwa vierzig junge Männer, drei, vier junge Frauen arbeiten da beisammen, sind viele Nationen Europas, alle Parteien der palästinensischen Arbeiterschaft vertreten. Die Gruppe zieht seit Jahren im Lande herum, baut einmal in Galiläa, dann irgendwo im Süden Straßen und Häuser — die Leute scheinen an dieser Art Arbeit, an der freien Ungebundenheit des Umherziehens Gefallen gefunden zu haben.

So wollten einige, mit denen ich eingehend sprach, von der sonst so innig begehrten Seßhaftigkeit auf Grund und Boden nichts wissen. Lieber von Kwisch zu Kwisch! Sie verdienten vierzig Piaster täglich, eine große Summe, auch für palästinensische Begriffe. Für Nahrung und Unterkunft sowie für sonstige Sporteln mußten sie allerdings täglich 20 Piaster an die Organisation abführen; aber es ließ sich leben in der Gruppe.

Manche hatten bandagierte Hände, andere litten unter der Malaria, aber — es war Samstag — man aß gut, hatte sogar den süßen Wein Rischou le Zions auf den Tischen stehen, unterhielt sich und sang, ehe man zum Fußballspiel hinunter an den Strand ging. Ich traf da auf Genossen, die mir manches Wissenswerte über die Struktur der Arbeit und des Zusammenlebens der Gruppe zu erzählen wußten. Ende des Jahres sollte die Kwischarbeit aufhören, dann hoffte die Gruppe bei dem Häuserbau in Tiberias oder Jerusalem Verwendung zu finden. Wenn die Kommission bis dahin Geld für diese Bauten haben wird. —

In einem Sumpf, bei der Kolonie Chulda in den Bergen Judäas, auf dem Weg von Jerusalem nach Jaffa, stieß ich auf junge Ungarn, die dort Betonbauten ausführten. Es waren vierzehn junge Leute aus Budapest, zum Teil Absolventen der bautechnischen Schule, gebildete und intelligente Jungen im Alter von zwanzig bis siebenundzwanzig. Geschlagen schon von der Schwere ihrer Arbeit; Malaria; bandagierte Hände; zerfetzte Kleider, schlammdurchtränkte ,undichte Stiefel. Sie klagten, fühlten sich zurückgesetzt, vermuteten, daß man ihnen zu harte Arbeit zugeschanzt habe, weil sie mit den anderen Arbeitern in der Kolonie keine rechte Gemeinschaft hatten — die sprachen Hebräisch, sie nicht, auch auf Jiddisch konnten sie sich nicht miteinander verständigen, außerdem knauserte man hier mit der Nahrung, wohl, um das Defizit zu verringern; die Ungarn murrten und saßen abseits. Ich stellte die Frage an sie, wie an alle: „Was hat euch herüber geführt? Ihr kommt ja aus dem Lande Horthys, der Mörder — Detachements; ihr wißt wohl etwas von Pogromen, Massaker von Menschen und Ideen. Aber seid ihr nur Flüchtlinge oder hat euch noch etwas anderes aus der raffinierten Stadt hierher in die sumpfige Steinwüste getrieben?" Sie gaben zu, daß es ideale Gründe waren, die sie, die intellektuellen, anspruchsvollen jungen Leute, nach Palästina gelenkt hatten. „Jeder von uns", sagte der Wortführer der Gruppe, „kommt, von seinem Idealismus getrieben, hierher. Aber schon in Jaffa, sobald der Fuß auf den Boden dieses Landes tritt — sieht man sich um: wo ist der Idealismus geblieben? Ins Wasser gefallen, vermutlich! Der Kampf ums Dasein hat begonnen. Der schreckliche Kampf mit der Wirklichkeit. Wer nach einem Monat dieses Kampfes noch von seinem Zionsideal faselt, dem lachen wir ins Gesicht: „Komödiant!!" Das sind sicherlich Ausnahmen. —

Auf dem Wege zwischen Jaffa und Jerusalem, abseits von der großen Automobilstraße, befindet sich bei der Stadt Ludd, dem alten Lydda, das große zentrale britische Militärlager. Ein Schwarm schottischer Soldaten kam uns entgegen. Sie hatten es sich, nach einer Frühübung in der brennenden Tropensonne, bequem gemacht, ihre blondrote Brust glänzte; sie hatten zwei Dudelsackpfeifer an der Spitze ihres Zuges, die mit vollen Backen „Bonny Dundee" bliesen; die Burschen marschierten fröhlich daher und riefen uns etwas in unser Auto hinein.

Nicht weit aber von dieser Straße war die Stelle, wo, unter Aufsicht bewaffneter britischer Soldaten, ein dunkler Haufe an der Straße arbeitete — so wurde berichtet. Ein dunkler Haufe, die berühmte Straßenbaugruppe von Ludd.

Ich hörte von verschiedenen Seiten Näheres über diese Kwisch bei Ludd. Hier arbeiten ägyptische Fellachen zusammen mit unseren Chaluzim. Es ist eine schwierige Arbeit; ist es die Straße, die Luft, Lumpfe? Es kommt dort oft Desertion vor. Die englische Militärbehörde hat nun, um dies Davonlaufen der Fellachen, das den Bau der Straße gefährdet, zu verhindern, eine Abstempelung der Straßenarbeiter angeordnet. (Vor Beginn der Arbeit und während der Ruhepausen müssen diese Leute niederhocken — damit man sie besser kontrollieren könne, offenbar. Ich sah einmal, auf einem palästinensischen Bahnhof, eine solche Gruppe rastender Fellachen, wie das Vieh hingehockt, es waren etwa sechzig; zwei Tommys rauchten an den beiden Enden der Herde gemächlich ihre Pfeifen, Bajonett auf dem Gewehr.)

Der Stempel wird auf die nackte Schulter gedrückt. Weder Schweiß noch Wasser vermögen ihn abzuwaschen. Monate später noch kann ein Ausreißer an diesem Stempel erkannt und zurückgebracht werden — ins Gefängnis vermutlich. Da unsere Chaluzim sich zu dieser Arbeit, dieser Notstandsarbeit gemeldet haben, was ist da natürlicher, als daß man auch ihnen den Stempel aufdrückt. Die englische Regierung verwendet den intelligenten Chaluz lieber, als den faulen und indolenten Fellachen, — aber der demokratische Grundzug des englischen Charakters — der sich ja im Orient besonders deutlich zeigt! — läßt eine wenn auch nur unwesentliche Nüance in der Behandlung des eingeborenen und des zugewanderten Arbeiters in derselben Gruppe nicht zu.

## Herr von Kähne — unschuldig

In Nr. 95 brachten wir die auch in anderen Blättern enthaltene Mitteilung, der Untersuchungsrichter habe einen Haftbefehl gegen Herrn von Kähne abgelehnt, da kein Fluchtverdacht vorliege. Jetzt erhalten wir dazu folgende Berichtigung:

„Es ist nicht richtig, daß der Untersuchungsrichter den Haftbefehl gegen v. Kähne abgelehnt hat, weil Fluchtverdacht nicht vorliege. Die Ablehnung des Haftbefehls ist vielmehr erfolgt, weil der Untersuchungsrichter Notwehr als erwiesen angenommen hat. Die Frage, ob Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr vorliege, kam für ihn daher gar nicht zur Entscheidung.

Der Landgerichtspräsident.
In Vertretung: Daehtmann, Landgerichtsdirektor.
Der Oberstaatsanwalt.
In Vertretung: Gerlach, Erster Staatsanwalt."

Diese Berichtigung ist zu begrüßen. Wir erfahren aus ihr, daß Herrn von Kähne kein Haar gekrümmt werden wird. Er hat in „Notwehr" gehandelt. Deshalb ist nicht einmal ein Strafverfahren gegen ihn zu erwarten, geschweige denn die Anordnung der Untersuchungshaft. Herr von Kähne kann lachen, er kann auch seine „Notwehrakte", die ihn zum Schrecken der Bevölkerung gemacht haben, fortsetzen. Da ihm die Schießwaffen genommen worden sein sollen, kann er sich, wenn dies wirklich zutreffen sollte, mit einem Bratspieß, einer Sense oder einer Helebarde bewaffnen und die Angriffe auf seinen durch verirrte Wanderer stark gefährdeten Schloßbesitz abwehren. Also Vorsicht, Notwehrgefahr in der Umgebung des Schlosses Petzow am Schwielowsee. Vorsicht vor dem Staatsanwalt in Potsdam, damit nicht ein Angeschossener wegen wissentlich falscher Anschuldigung auf die Anklagebank kommt. Die friedlichen Glieder derer von Kähne schießen nur, wenn sie ihr bedrohtes Leben durch Abwehr eines Angriffes schützen müssen. Die Potsdamer Richter haben das herausgefunden.

## Ein Verein der Abgedankten

In das Vereinsregister beim Amtsgericht Dresden ist am 25. Februar ein Verein der Mitglieder des früheren sächsischen Königshauses eingetragen worden. Mit „Rücksicht auf die veränderten Zeitverhältnisse", so wird in den Satzungen gesagt, haben die Mitglieder des Königshauses beschlossen, zu einem Verein des bürgerlichen Rechts zusammenzutreten. Die Satzungen sind im übrigen recht widersprechend; es wird als Zweck des Vereins angegeben: Pflege der christlichen Anschauungen, Wahrung der Familienehre und Tradition und Verwaltung des Familienschlosses; zugleich aber werden wirtschaftliche, politische und religiöse Ziele verpönt. Nun, die Sachsen, die ihren „Geenig" kannten, wird das nicht wundern. Es ist bei August schon immer alles durcheinander gegangen.

Friedrich August, hat, als man ihm 1918 seine Abdankungsurkunde überreichte, zufrieden erklärt: „Meinswegen, macht eiern Dreck alleene!" Nun scheint es ihm aber auch zu viel geworden zu sein, den „Dreck" des Wettiner Hauses, das auf einem umfangreichen Likörkeller aufgebaut ist, „alleene" zu machen, und er hat deshalb als echter deutscher Spießbürger dazu einen Verein gegründet. Er wird dabei erfahren, daß die Republik toleranter ist, als es seine eigene Regierung war. Dieser Verein wird seine Versammlungen ohne polizeiliche Ueberwachung abhalten können. Von dem Verein der abgedankten Wettiner wird keine monarchistische Propaganda zu befürchten sein, es handelt sich nur um die Inzucht eines alkoholliebenden Geschlechts.

## Deutschvölkische Verleumdungen

Zwischen den Deutschen Werken und einem Herrn Kahn jun. wurde im Jahre 1920 ein geschäftlicher Vertrag abgeschlossen, den sich die „Deutsche Zeitung", ein radauantisemitisches Organ, zum Anlaß zu heftigen und verleumderischen Angriffen auf die Mehrheitssozialdemokratie genommen hat. Der betreffende Artikel, der in Erinnerung an die klassische Bestechungsaffäre in Amerika „ein Panama der Sozialdemokratie" überschrieben war, erschien zuerst in einer Rechtskorrespondenz, dem „Deutschen Schnelldienst". Die angegriffenen Führer der Sozialdemokratie, Bauer, Wissel und Hoch, verklagten darauf den Redakteur des Schnelldienstes, Bäckler, und den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung, von Schilling.

Vor dem Landgericht Berlin I begann gestern dieser politische Beleidigungsprozeß, der wieder einmal eine gründliche Niederlage der verleumderischen Rechtspresse zu bringen verspricht. Schon die eine Tatsache ist bemerkenswert, daß Bäckler den Artikel vor der Veröffentlichung nicht durchgesehen hat und vor Gericht seinem Bedauern Ausdruck gab, daß er erschienen sei. Leider zogen darauf die Kläger ihren Strafantrag gegen Bäckler zurück. Der Vizekanzler Bauer legte dar, daß der Kahnvertrag unter der Herrschaft des Fachministers v. Raumer abgeschlossen wurde; alle drei Rechtssozialisten wiesen nach, daß von einer in dem Artikel der „Deutschen Zeitung" behaupteten Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an dem Geschäft keine Rede sein könne. Die Weiterverhandlung wurde auf Donnerstag vormittag vertagt.

## Zur letzten Regierungskrise

### Stellungnahme der Dresdner Parteiorganisation

Der Kreisverein der U. S. P. für Groß-Dresden beschäftigte sich am Sonntag in einer Funktionärversammlung mit der politischen Lage und den Vorgängen im Reichstag. Genosse Fleißner hielt das Hauptreferat und legte die Auffassung der Reichstagsfraktion vom Standpunkt der Minderheit dar. Der Korreferent, Genosse Menke, betonte, daß das Interesse der Partei und des Gesamtproletariats höher stehen müsse, als das Gewissen des einzelnen. In der Diskussion erklärte der sächsische Arbeitsminister Genosse Ristau:

„Er würde, wenn seine Anwesenheit im Reichstag möglich gewesen wäre, mit der Mehrheit gestimmt haben. Man sollte aber bei den 13 Abstinenten die Gründe für ihr Verhalten anerkennen. Diejenigen Genossen, die so schnell mit einem Todesurteil zur Hand wären, hätten noch nicht auf verantwortlichem Posten gestanden. Es wäre ein großer Schaden für die Partei, etwa gegen die 13 Genossen vorzugehen. **Wahrscheinlich im Mai würde in Berlin bei der Verhandlung über die Steuerfrage die Regierung Wirth gestürzt werden.** Unter Umständen könnte dann auch die U. S. P. D. eine der Regierungsparteien werden. Und wenn es dann gelte, den Kampf mit der Entente zu führen und die Schwierigkeiten im Innern gegen die bürgerlichen Parteien zu überwinden, könne die Partei leicht in die Lage kommen, auch gegen etwaige Illusionen mancher Parteigenossen auftreten zu müssen."

In einer gegen 5 Stimmen angenommenen Entschließung erklärte die Kreisgeneralversammlung, daß sie auf dem Boden der Mehrheit der Fraktion stehe, sie erwartet, daß sich ein Vorgang wie bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum nicht wiederholt.

## Aus dem Provinziallandtag

Am Montag wurde der Provinziallandtag für Brandenburg durch den Oberpräsidenten eröffnet. In einer einleitenden Ansprache wies er auf die äußerst schwierigen finanziellen Auseinandersetzungen mit Berlin hin, für die im diesjährigen Etat 52 951 000 M. angefordert werden. In den Vorstand wurden von unseren Genossen gewählt: Buhl als 2. Vizepräsident, La Grange als Schriftführer, in die Finanzkommission Wolter und Pehla, in die Rechnungsprüfungskommission Pehla und Buhl, in den Besoldungsausschuß Wolter und Knötschke. Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch statt.

**Der Gönner der Bluts- und Vierfamilie.** Die Rede, in der der sächsische Minister des Innern, Genosse Lipinski, die Cliquenwirtschaft in der sächsischen Verwaltung aufgedeckt hat, zeigt schon ihre Wirkungen. Genosse Lipinski beleuchtete besonders die Personalpolitik des ehemaligen Chefs der Personalabteilung im Ministerium des Innern, des jetzigen Kreishauptmanns v. Nostitz-Wallwitz. Daraufhin hat der Kreishauptmann die Einleitung eines Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung gegen sich beantragt.

**Die Kinokatastrophe in Harburg.** Das schwere Kinounglück, das sich am Totensonntag vorigen Jahres in Harburg a. E. ereignete und bei dem mehrere Kinder getötet bzw. schwer verletzt wurden, fand in diesen Tagen vor der Strafkammer sein gerichtliches Nachspiel. Das Urteil lautete gegen den Vorführer Albert Voigt auf 15 Monate Gefängnis und gegen die Inhaberin des Kinos auf 2 Jahre Gefängnis.

## Ein Komplott der Scharfmacher

Zu unserem Artikel „Ein Komplott der Scharfmacher" in der Abendausgabe vom 22. Februar erhalten wir vom Verband Berliner Metallindustrieller eine Zuschrift. Wir fühlen uns durch diese außerordentliche Wertschätzung durch den großmächtigen Scharfmacherverein sehr geehrt und bringen die Zuschrift nachfolgend zum Abdruck:

„In der unter obiger Ueberschrift in der Abendausgabe vom 22. Februar 1922 veröffentlichten Notiz wird die Behauptung aufgestellt, daß die Firma Kabelwerk Vogel, Köpenick-Hirschgarten, die Einstellung zweier früherer Straßenbahner unter Berufung auf ein Rundschreiben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller, das besage, daß entlassene Straßenbahner von Mitgliedern des Verbandes Berliner Metall-Industrieller nicht eingestellt werden dürfen, abgelehnt habe. Die Behauptung ist nicht richtig. Seitens des Verbandes Berliner Metall-Industrieller ist niemals ein derartiges Rundschreiben herausgegeben worden. Der Verband Berliner Metall-Industrieller hat niemals über derartige oder ähnliche Maßnahmen, wie sie in der Notiz aufgeführt sind, gesprochen, geschweige denn einen Beschluß gefaßt."

Wir haben darauf veranlaßt, daß die beiden Arbeiter, die bei der Nachfrage nach Arbeit auf dem Kabelwerk Vogel zurückgewiesen worden sind unter Hinweis darauf, daß sie infolge ihrer Beteiligung am Gemeindearbeiterstreik gemaßregelt worden sind, noch einmal vernommen wurden. Die erneute Aussage der beiden Arbeiter bestätigt alles, was wir in unserer ersten Notiz geschrieben haben. Sie waren beide durch den Arbeitsnachweis von Oberschöneweide nach dem Kabelwerk vermittelt worden. Als die Einstellung nicht sofort erfolgen konnte, übernahm der Betriebsrat die Vermittlung. Ihm wurde von der Werksleitung eröffnet, die Einstellung sei zurzeit nicht möglich, da **ein Rundschreiben des Verbandes der Metallindustriellen die Einstellung von Leuten, die von der Straßenbahn kommen, verbiete.** Falls sich indes die Arbeiter verpflichten würden, keine Agitation zu betreiben, würde der Betriebsrat dennoch versuchen, die Einstellung zu erwirken. Er versprach eine Entscheidung bis zum 23. Februar, die indes nicht herbeigeführt werden konnte.

Die Zuschrift des Verbandes Berliner Metallindustrieller behauptet nun, daß der Verband mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Wenn das zutrifft, dann hat sich also die Leitung des Kabelwerkes zu Unrecht auf den Verband berufen und die Organisation der Berliner Metallindustriellen dadurch in ein sehr schlechtes Licht gebracht. Die zu Protokoll genommene und durchaus glaubwürdige Aussage der Arbeiter steht gegen die Angaben des Verbandes der Metallindustriellen. Nehmen wir an, beide sind richtig, dann hätte die Werksleitung gelogen, und der Verband der Metallindustriellen wird gezwungen sein, dafür zu sorgen, daß seine Mitglieder solchen Mißbrauch seines Namens in Zukunft unterlassen.

## Die heutige Börse

Die Haltung der Börse kennzeichnete sich als schwach behauptet. Guano 1990, Dynamit 940, Stettiner Vulkan 1750, Orenstein 1230, Daimler 820, Luxemburger 1270, Gelsenkirchener 1285, Phönix 1300, Rheinstahl 1550, Harpener 1855, Oberbedarf 1210, Caro 1115, Bochumer 1325, Laura 2355, A. E. G. 940, Hapag 545, Lloyd 397, Hansa 476, Petroleum 2125. Von fremden Wechseln waren Holland 8650 zu 8675, London 1005, Paris 2175, New York 226¼. Dollarnoten 227 zu 223½ zu 225½, Polnische Noten 5.70, Oesterreichische Noten 3.55 zu 3.57½, Rumänische Noten 170.

## Die Lage der städtischen Arbeiter

Das Nachrichtenamt des Magistrats schreibt: Unter Vorsitz von Bürgermeister Ritter ist eine Magistratskommission zusammengetreten, um sich im Zusammenhang mit der Frage des neuen Manteltarifes mit der Lage zu beschäftigen, die durch die neuen Forderungen der im Lohnkartell vereinigten Arbeitnehmerverbände entstanden ist. Zunächst ist festzustellen, daß diejenigen nicht amtlichen Meldungen richtig sind, welche die neue Belastung der Stadt mit 1 Milliarde 400 Millionen Mark (nicht 1 Milliarde) angeben. Die Forderungen belaufen sich gleichmäßig für alle Arbeitergruppen auf eine Stundenzulage von 1,50 M. für den Monat Januar, auf weitere 3 M. für den 1. bis 15. Februar und vom 16. Februar ab auf weitere 3 M., so daß sich von diesem Zeitpunkte ab eine Gesamtstundenzulage von 7,50 M. ergibt. Die städtischen Finanzen tragen eine derartige Mehrbelastung nicht. Der Stundenlohn eines städtischen ungelernten Arbeiters würde vom 16. Februar 1922 ab betragen: 8,34 M. (Grundlohn) + 0,48 M. (Lohnbeihilfe) + 7,50 M. (neue Forderungen) = 16,32 M.; der des angelernten Arbeiters: 8,56 M. (Grundlohn) + 0,48 M. (Lohnbeihilfe) + 7,50 M. (neue Forderung) = 16,54 M.; der des Handwerkers: 9,09 M. (Grundlohn) + 0,48 M. (Lohnbeihilfe) + 7,50 M. (neue Forderung) = 17,07 M. Verheiratete erhalten statt der Lohnbeihilfe von 0,48 M. eine solche von 0,72 M., außerdem eine Kinderbeihilfe für jedes Kind unter 21 Jahren von 0,84 M. pro Arbeitsstunde.

*

In der bürgerlichen Presse wird eine fortgesetzte Hetze gegen die städtischen Arbeiter betrieben, die Lohnforderungen werden als übertrieben bezeichnet. Wie sich der bisherige Lohn auswirkt, das möge folgendes Beispiel zeigen, das uns ein städtischer Arbeiter — Krankenpfleger — mitteilt:

„Ich bekomme als Berufskrankenpfleger einen Stundenlohn von 8,20 M. Das sind bei 8 Stunden täglicher Arbeitszeit wöchentlich 393,60 M., monatlich bei 208 Arbeitsstunden 1705,60 M. Dazu kommen eine monatliche Teuerungszulage von 100 M. und eine Zulage von 50 M. für die Ehefrau. Die Gesamtsumme des Monatsgehalts beträgt also 1855,60 M. Steuer- und sonstige Abzüge betragen rund 150 M. Es bleibt also ein tatsächliches **Monatsgehalt von 1705,60 M.**"

Dieses Einkommen reichte schon im Dezember nicht aus. Daß aber angesichts der ständig wachsenden Teuerung für die Zeit vom 1. bis 15. Februar und dann weiter für die Zeit vom 16. Februar ab ganz erhebliche Forderungen gestellt werden müssen, das kann nur jemand bestreiten, der noch nie am eigenen Leibe empfunden hat, was es heißt, mit derartig zurückgebliebenen Löhnen auskommen zu müssen.

Der Verfasser der Zuschrift bemerkt mit Recht, daß es eine sehr eigenartige Methode ist, die Rentabilität der städtischen Werke heben zu wollen, wenn man die Arbeiter so miserabel bezahlt, daß sie nicht einmal gesundheitlich im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft bleiben können.

## Die Streikbrecherhilfe als Müllfahrer

Amtlich wird gemeldet: „Wegen des Müllkutscherstreiks hat im Polizeipräsidium am gestrigen Vormittag eine erneute Besprechung stattgefunden. Es stellte sich heraus, daß mit einer Einigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die nächste Zeit noch nicht zu rechnen ist. Da die weitere Ansammlung des Mülls eine schwere Gesundheitsgefährdung bedeutet, wird der Polizeipräsident nunmehr mit allen polizeilichen Mitteln für Beseitigung des Mißstandes Sorge tragen. Es wird zunächst den in Betracht kommenden Hausbesitzern durch Polizeiverfügung aufgegeben, bis zum Donnerstag, 2. März, vormittags, für Beseitigung des aufgehäuften Mülls zu sorgen. Kommen die Hausbesitzer der Aufforderung nicht nach, so wird der Polizeipräsident auf Kosten der Hausbesitzer durch Dritte den Müll abfahren lassen, und zwar wird sich der Polizeipräsident an die Technische Nothilfe wenden mit dem Ersuchen, ihm geeignete Kräfte zur Müllabfuhr zur Verfügung zu stellen."

Ergänzend berichtet hierzu noch die B. S.-Korrespondenz: „Auf die Anregung, eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Streik-

---

Auf der Straße von Ludd, im berühmten Ludder Kwisch, arbeiten die Unsern mit einem Stempel auf der Schulter. Sie arbeiten, um das Land aufzubauen durch ihre Arbeit, „um Erez Ismael durch unsere Arbeit, jede Arbeit zu erobern." Es ist ja die Heimat der Juden, die Heimat, die ihnen gehört hat vor zweitausend Jahren; das Land, in das Moses nach vierzehnjähriger Wüstenwanderung das Volk der Juden geführt hat, hinaus aus Mizraim, der Sklaverei. Sie sind guten Mutes, die Unseren auf der Landstraße bei Ludd. Sie haben ja Arbeit.

In vielen Kwischim macht sich unter den jungen Arbeitern, den jungen Arbeiterinnen (denn in all diesen Gruppen sind auch junge Mädchen, die dieselben, schweren Arbeiten leisten, wie die Männer), steigende Unruhe bemerkbar. Die wenigen Ausnahmen — ich sprach eben von ihnen — abgerechnet, die wenigen jungen Leute abgerechnet, die eine Art Genugtuung an diesem schweren, doch ungebundenen Leben haben, wollen die meisten Kwischarbeiten bald von ihrer gegenwärtigen Beschäftigung befreit werden. Sie fordern Grund und Boden, auf dem sie sich niederlassen, den sie bebauen können. Tausende warten, auf den Kwischs, daß man sie andsiedle. Man hat es ihnen versprochen. Viele waren schon in Polen, in der Ukraine Landarbeiter. Viele haben sich auf landwirtschaftlichen Schulen, bei Bauern in Deutschland vorgebildet, eingearbeitet.

Der Chaluz aber, dessen Arbeit auf der Kwisch aufgehört hat, zieht seine Stiefel aus, packt seine paar Bücher, die er mit nach Palästina gebracht hat, in sein zweites Hemd — falls er noch etwas der Art besitzt, schwingt Schuh und Buch und Hemd auf den Buckel und marschiert, barfuß und mit leerem Magen über selbstgefertigten Straßen nach Jerusalem oder Jaffa, um zu sehen, wie er sein Leben weiterfristet.

„Ich bin a armer Chaluz,
Chaluzl aus Poilen,
„Ich laaf auf Stiefelach,
Stiefelach ohn' Soilen!"

Der geizige **Verschwender**, von vielen Autoren, die ungenannt bleiben mögen, im Deutschen Künstlertheater: das war wirklich eine Zumutung! Irgendwelche geschäftige Hausgeister eines Gelddirektors tun sich zusammen und schieben einen Schwank zurecht nach dem Rezept: je offensichtlicher der Blödsinn, desto mehr wird das liebe Publikum darauf hereinfallen. Amerikanischer Kurfürstendamm tut sich auf und treibt mit Hohn und Hast das Theater in den Abgrund. Den Höhepunkt des Abends bildete der Refrain, des zum monströsen Aufreizen der Zuhörer „gedichteten" Liedes: „Warum hat man denn dem Großvater aufs Brot statt Butter Lanolin geschmiert?" Und das Publikum amüsierte sich dabei und hätte am liebsten mitgegröhlt — und ein sonst ernster, bedauernswerter Künstler wie Max Adalbert mußte sich zu solchem Unfug hergeben. Die übrigen Kräfte, namentlich die Frauen, waren allerdings mehr als mäßig. A. N.

**Das Eindringen des Atlantischen Ozeans in die Nordsee.** Die Tatsache, daß der Atlantische Ozean in immer stärkerem Maße in die Nordsee eindringt, ist von Gelehrten des englischen Marinelaboratoriums zu Lowestoft festgestellt worden. Es wurden hydrographische Untersuchungen in dem Teil der Nordsee vorgenommen, wo der sonst dort reichlich zu findende Hering sich nicht eingestellt hat. Man untersuchte die Wasserfläche von Lowestoft die Küste aufwärts bis Scarborough und dann eine Strecke ins Meer hinein von etwa 300 Kilometern. In Entfernungen von 30 Kilometern wurden Proben aus den verschiedensten Wasserschichten von der Oberfläche bis zum Grunde genommen, und dabei erkannte man, daß sich in den tieferen Teilen der Nordsee eine ganz ungewöhnlich große Menge vom Wasser des Atlantischen Ozeans befindet. Das atlantische Wasser kann von dem Nordseewasser sehr leicht unterschieden werden durch den höheren Salzgehalt, die größere Wärme und die Verschiedenheit des Planktons, der kleinen tierischen und pflanzlichen Lebewesen. Die Ursache für dieses stärkere Einströmen des atlantischen Wassers, das doppelt so groß sein soll wie früher, ist nicht bekannt; man weiß auch nicht, ob das Ausbleiben der Heringe damit zusammenhängt.

**Frauenmangel in Amerika.** Während die europäischen Länder fast ohne Ausnahme zu viel Frauen und zu wenig Männer haben, liegen die Verhältnisse in Amerika gerade umgekehrt. Die letzte Volkszählung hat ergeben, daß die männliche Bevölkerung die weibliche um volle zwei Millionen überwiegt. Die Heiratsaussichten der amerikanischen Mädchen sind somit bedeutend besser als die ihrer europäischen Schwestern. Aber es wird nicht lange dauern mit der Herrlichkeit, denn aus England und den britischen Besitzungen ergießt sich dauernd ein Strom von heiratslustigen Mädchen nach Amerika, die durch die Auswanderung dem Gespenst der Ehelosigkeit zu entgehen hoffen.

### Tages-Notizen

**Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden.** Donnerstag, abends ½8 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, Uebungsstunde. Alle müssen erscheinen. Texte mitbringen.

**Volksbildungsamt Reinickendorf.** Freitag, ½8 Uhr, findet in der Aula des Germanistums, Reinickendorf-Ost, der 2. Kammermusikabend (Schubert-Schumann) für den Reinickendorfer Bezirksteil statt. Am gleichen Tage spricht Resi Lange in Rosenthal, Paulinenhof (Wilh. Busch u. a.). Für den Tegeler Bezirksteil findet der Schubert-Schumann-Abend als 3. Kammermusikabend in der Tegeler Humboldtschule statt.

**Theater.** Spielplanänderung der Kammerspiele: Freitag und Sonntag: „Anatol". — Die Volksbühne bereitet Hauptmanns „Ratten" vor, das Deutsche Theater Hebbels „Judith".

**Die Deutsche Friedensgesellschaft** (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet Mittwoch, 7½ Uhr, in der Aula Kochstr. 13 eine öffentliche Versammlung, in der Dr. Kurt Hiller über das Thema „Brauchen wir eine Reichswehr?" sprechen wird. Für die Diskussion sind u. a. Franz Künstler (M. d. R.) und Pfarrer Bleier vorgemerkt.

**Ein neuer Vortragssaal.** Sonntag, 12 Uhr, wird im Institut für Sexualwissenschaft (In den Zelten 9a) ein Vortragssaal für Menschenkunde unter dem Namen Ernst Haeckel-Saal eröffnet. — Von den leitenden Aerzten des Instituts werden Ansprachen gehalten und zwar von Hirschfeld: „Warum Ernst Haeckel-Gaste"; Kronfeld: „Sexualwissenschaft als Lehrfach"; Weil: „Monismus und psychoinkretorischer Parallelismus"; Schapiro: „Sexualwissenschaft und Geschlechtskrankheiten".

**Das Blüthner-Orchester** veranstaltet Donnerstag, 7½ Uhr, im Blüthner-Saal einen Wagner-Abend unter Hildebrand. Solist: Kammersänger Oscar Salz (Staatsoper).

kenden auf mittlerer Basis herbeizuführen, gaben die Vertreter der ersteren ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck, über einen Wochenlohn in Höhe von 720 Mark mit den Müllkutschern zu verhandeln, falls diese in der Frage der Urlaubs- und Krankheitsbestimmungen nachgeben würden. Da aber gerade die letzte Forderung von den Vertretern der Streikenden abgelehnt wurde, mußte dieser Einigungsversuch als gescheitert betrachtet werden."

Das Eingreifen des Polizeipräsidenten in den schon neun Wochen währenden Müllkutscherstreik kommt nach den bisherigen Erfahrungen, die man mit ihm bei Lohnbewegungen gemacht hat, sehr spät. Wir wundern uns auch nicht im geringsten darüber, daß er dabei solche Maßnahmen plant, die seiner Ansicht nach geeignet sind, die Position der Arbeitgeber zu stärken. Die Hausbesitzer versprechen sich nämlich durch das Einsetzen der Streikbrecherorganisation endlich die Zermürbung der trotz des langen Kampfes solidarisch ausharrenden Müllkutscher. Diese aber sehen dieser Drohung ebenso gelassen ins Auge wie sie die bisherigen Versuche, ihre Kampffront zu erschüttern, einmütig abwiesen.

Sollte es tatsächlich zum Einsatz der Streikbrecher kommen, dann wird die Bevölkerung mit einem Male ganz offen erkennen können, wie unfähig diese zu tatsächlichen Arbeitsleistungen sind; der Kinderschreck würde gar bald als solcher entlarvt dastehen. Die entstehenden Kosten für nicht geleistete Arbeit dürften aber dann dazu führen, daß die Streikenden, gemessen an den Ausgaben für die Streikbrecher ihre bisherigen Forderungen als zu niedrig betrachten und, ihren Leistungen entsprechend, höhere stellen werden.

## Schulkinder als Versuchskarnickel

In mehreren Gemeindeschulen des Verwaltungsbezirks „Kreuzberg" sind ohne Befragen und Wissen der Eltern Impfungen an ca. 150 Kindern vorgenommen worden. Es soll sich angeblich um Prüfung eines neuen Mittels gegen Tuberkulose handeln. Etwas Unerhörteres ist wohl nie an Proletarierkindern vorgenommen worden. Erst werden die Kinder durch das Verbrechen des Krieges, durch die Unterernährung und Elend zu Seuchenherden der Tuberkulose gemacht, um dann später als Versuchskarnickel zu dienen. Es wäre Pflicht der Eltern, gegen die Schuldigen Strafantrag zu stellen.

Die sozialistischen Elternbeiräte des Verwaltungsbezirks Kreuzberg, sowie der Aktionsausschuß der drei sozialistischen Parteien der Elternbeiräte Groß-Berlins hat folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die sozialistischen Elterbeiräte haben voller Empörung davon Kenntnis erhalten, daß in einigen Schulen des Bezirks „Kreuzberg" Kinder ohne Einwilligung der Eltern mit einem unbekannten Mittel gegen Tuberkulose geimpft worden sind. Proletarierkinder dürfen nicht als Versuchskaninchen benutzt werden. Die Elternbeiräte verlangen vom Magistrat eine strenge Untersuchung dieses verwerflichen Uebergriffes, damit die daran Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können."

## Vereitelter Raubüberfall

In Alt-Landsberg hatten es vier Berliner Einbrecher auf das Leben des dort wohnhaften Warenhausbesitzers Kozawski abgesehen. Aber auch dieser Mordplan kam vorzeitig zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Oberwachtmeister Busdorf fuhr mit mehreren Beamten vorher dorthin und setzte sich mit dem Besitzer, auf den es abgesehen war, in Verbindung. Planmäßig erschienen dann auch die Verbrecher und drangen mit erhobenen Messern in die Wohnung des K. ein. Im gleichen Augenblick aber fielen ihnen die Beamten in die Arme und da sie die Waffen nun auch gegen diese richteten, gaben diese mehrere Schüsse ab, durch die zwei der Verbrecher verwundet wurden. Die Verhafteten wurden als vier Einbrecher namens Matthias, Mai, Döring und Schulz entlarvt.

**Die Städtische Jugendbühne in Lichtenberg,** Holteistraße 7-9, bringt in der Spielwoche von Freitag, den 24. Februar, bis Donnerstag, den 2. März, täglich nachm. 4 Uhr, Sonntag 2½ und 4½ Uhr große Puppentheater-Märchenvorstellungen und zwar „Die Hexe Rautgunde", ein gefährliches Abenteuer in 5 Aufzügen, und der „Teufel in Nöten", eine Tragikomödie in 2 Aufzügen. Diese Puppenspiele werden besonders bei den Schülern und Schülerinnen der unteren Klassen Anklang finden. Um auch den Kindern weniger bemittelter Eltern den Besuch dieser Vorstellungen zu ermöglichen, hat sich die Leitung der städtischen Jugendbühne bereiterklärt, bei schul- und klassenweiser Bestellung der Eintrittskarten 20 Prozent der bestellten Karten als Freikarten abzugeben.

**Von einem Werber der Fremdenlegion verschleppt** wurde ein gewisser Harald Wieling aus Berlin. Der junge Mann hatte sich am Lehrter Bahnhof aufgehalten, als ein Mann auf ihn zutrat und sich mit ihm in ein Gespräch einließ. Der Fremde fragte ihn, ob er Arbeit habe, und als Wieling das verneinte, machte er ihm den Vorschlag, als Volontär nach Marokko zu gehen. Er legte ihm auch gleich ein Schriftstück in deutscher und französischer Sprache vor, das er einer Aktentasche entnahm, die er bei sich führte. Er erklärte ihm, daß er außer freier Station acht Franc pro Tag erhalten würde. Er spendierte ihm Getränke und Zigaretten und brachte den jungen Burschen dahin, daß er sich bereit erklärte, auf seinen Vorschlag einzugehen. Am 18. v. M. fuhr er mit ihm nach Mülheim an der Ruhr. Dort fiel der Bursche einer Dame auf, die sich ihm näherte, und als sie erfuhr, was er beabsichtigte, dafür sorgte, daß er nach Berlin zurückfahren konnte. Der Werber, der unter falschen Vorspiegelungen junge Leute für die Fremdenlegion verschleppt, wird jetzt von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums gesucht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem Werber viele andere Burschen, die vermißt werden, bereits ins Garn gegangen sind. Seine Darstellung, daß es acht Franc pro Tag gebe, entspricht nicht der Wahrheit. Die Legionäre erhielten bisher 75 Cent pro Tag, jetzt jedoch nur 50 Cent. Von diesem Gelde wird zudem noch der vierte Teil zwangsweise für Rauchwaren abgezogen. Außerdem müssen sie sich 5 Jahre fest verpflichten. Der Werber, der sich hauptsächlich im Wartesaal dritter Klasse hiesigen Lehrter Bahnhofes aufhielt, ist etwa 40 Jahre alt und 1,60 bis 1,65 Meter groß, hat Gesicht von gesunder Farbe, schwarzes, gescheiteltes Haar, einen starken schwarzen Schnurrbart, einen breiten Mund, eine kleine Nase und im Oberkiefer einen Goldzahn. Am Ringfinger der rechten Hand fehlen ihm zwei Glieder, an der Stirn hat er eine 4 bis 5 Zentimeter lange Narbe. Er spricht fließend französisch und gebrochen deutsch und trug einen dunklen Ueberzieher mit einem schwarzen breiten Sammetkragen, den Spiegel mit schwarzem Sammet eingefaßt, braune Umschlaghosen mit Kappnaht, hohe Schnürschuhe aus Lackleder, einen Velourhut, weiße Wäsche mit Sportkragen und an der linken Hand einen Brillantring. Mitteilungen über sein Auftreten nimmt die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums im Zimmer 243 (Hausanruf 396) entgegen.

**Eine unrentable Hochbahnlinie.** Die nach Dahlem führende Untergrundbahnstrecke Nürnberger Platz—Thielplatz ist derartig unrentabel, daß sie dauernd Zuschüsse erfordert, die in die Millionen gehen. Die Stadtgemeinde Berlin, der diese Strecke gehört, beabsichtigt daher, wie gemeldet wird, folgende Betriebseinschränkungen: Der Zehnminutenverkehr wird in einen Zwanzigminutenverkehr umgewandelt. Ferner wird auf den Stationen zwischen Nürnberger Platz und Thielplatz der Kartenverkauf und der Sperrverkehr aufgehoben und der Verkehr dadurch aufrecht erhalten, daß den einzelnen Zügen ein Schaffner beigegeben wird, der den Fahrgästen die Karten aushändigt. Daß hierdurch die Rentabilität wesentlich gehoben werden wird, ist allerdings wenig wahrscheinlich.

**Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag.** Zeitweise heiter und am Tage ziemlich milde, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten Regenfällen und frischen südwestlichen Winden.

# Gewerkschaftliches

## Betriebsrätewahlen für preußische Behörden

Für die dem Preußischen Finanzministerium und dem Preußischen Ministerium des Innern unterstellten Behörden (Oberpräsidien, Regierungen, staatliche Polizeiverwaltungen, Landratsämter, Kreiskassen, Hochbau- und Katasterämter usw.) sollen für das Geschäftsjahr vom 1. April d. J. ab neue Betriebsvertretungen gewählt werden. Die Wahlen finden am Sonnabend, den 18., und Sonntag, den 19. März 1922, bei den einzelnen Dienststellen statt. Wahlberechtigt sind alle über 24 Jahre alten Arbeitnehmer (Angestellte, Techniker und Arbeiter), welche bei den in Betracht kommenden Dienststellen beschäftigt sind.

Es werden gewählt: örtliche Betriebsvertretungen für die einzelnen Dienststellen, Bezirksbetriebsräte bei den preußischen Regierungen und ein Hauptbetriebsrat beim Preußischen Finanzministerium in Berlin.

Die vorjährigen Wahlen haben einen überwiegenden Einfluß der freien Gewerkschaften bei den Arbeitnehmern der in Betracht kommenden Behörden nachgewiesen, z. B. bestand der Hauptbetriebsrat, welcher insgesamt elf Mitglieder hat, bisher aus neun Mitgliedern der freien Gewerkschaften, und zwar stellten hiervon der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter je drei Mitglieder (ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei den Hauptbetriebsvertretungen der Reichsressorts).

Die wahlberechtigten Arbeitnehmer, welche auch für das kommende Geschäftsjahr die für sie allein in Frage kommende Betriebsvertretung wünschen, müssen auch bei der bevorstehenden Wahl ihre Stimmen den

**freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten**

geben. Für die Verwaltungsangestellten und Techniker kommt die gemeinsame Liste des Zentralverbandes der Angestellten und des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, für die Arbeiter der mit ersterer in Listenverbindung stehende Wahlvorschlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Betracht.

## Deutschnationale Stilblüten

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband legt in seiner Agitation immer besonderen Wert auf die Tatsache, daß sich seine Mitgliederreihen aus einwandfrei „deutschen Männern" zusammensetzen. Was von den Mitgliedern erwartet wird, muß erst recht bei den Beamten und Angestellten der Organisation der Fall sein. Nun gehört u. E. zu der Eigenschaft des deutschen Mannes vor allen Dingen die Kenntnis der deutschen Sprache. Wir versteigen uns sogar zu der Behauptung, daß Leute, die im Sinne des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes nicht deutsch sind, die deutsche Sprache gut beherrschen können. Nicht so im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. In der Zweiggeschäftsstelle Benrath der Krankenkasse des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes befindet sich ein Geschäftsführer Buscher, der seine Mitteilungen in folgendem klassischen Deutsch verfaßt:

„Wehrter Kolege.

Anbei erhalten Sie die Rechnung vom Zahnartz zurück, mit der bitte die Rechnung vom Artz zergliedern zu lassen. Also wir müssen wissen — wie — und — was der Artz gemacht hat. Um die Sache schnell zu erledigen bitte ich Sie mit der zergliederten Rechnung zur Geschäftsstelle Düsseldorf zu gehen oder nach dort zu senden damit die den Betrag den Sie vergütet bekommen einsetzen zu können, den diese Vollmacht fehlt mir hier. —

Mit Deutschem Gruß! gez.: Buscher."

Jeder Kommentar würde die Wirkung dieser Groteske der deutschen Sprache nur abschwächen.

## Lohnabkommen für die Groß-Berliner Holzindustrie

In den am 16. und 24. Februar stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Groß-Berliner Holzindustrie wurden folgende Lohnsätze vereinbart: Ab 20. bis 28. Februar erhöhen sich die Löhne der Facharbeiter auf 14,75 M., Hilfsarbeiter auf 12,65 M., Facharbeiterinnen auf 9,75 M. und Hilfsarbeiterinnen auf 8,05 M.

Ab 1. März erhöhen sich sämtliche am 28. Februar bestehenden Tariflöhne um weitere 10 Prozent. Damit betragen die Löhne für Facharbeiter 16,25 M., Hilfsarbeiter 13,90 M., Facharbeiterinnen 10,70 M. und Hilfsarbeiterinnen 8,85 M.

Diejenigen Kollegen, die bereits höhere Löhne, als sie im Lohnabkommen vom Januar festgelegt waren, erhielten, sollen auch bei den neuen ab 20. Februar in Kraft tretenden Lohnsätzen bis 75 Pf. über die tariflich festgelegten Löhne erhalten, so daß z. B. ein Arbeiter, der 13,50 M. erhielt, 1,75 M. Zuschlag bekommt = 15,25 M. Ein anderer Arbeiter, der 13,75 M. erhielt, bekommt ebenfalls 1,75 M., so daß sein Lohn ab 20. Februar 15,50 M. beträgt. Derselbe Lohnvorsprung von 75 Pf. bleibt auch bei den ab 1. März in Kraft tretenden Lohnsätzen, die sich um 10 Prozent auf der Grundlage des Tarifes erhöhen, ebenfalls bestehen, so daß laut Tarif nicht nur 16,25 M. verlangt werden können, sondern ein rechtlicher Anspruch, wenn 75 Pf. über den Tariflohn gezahlt wurden, insoweit besteht, daß unter allen Umständen Tariflohn plus 75 Pf. auch in Zukunft gezahlt werden müssen, das heißt 17 M.

Akkordarbeitern wird prozentual derselbe Zuschlag, der den Lohnarbeitern gewährt wurde, auf die am 19. Februar bestehenden Akkordsätze gezahlt. Akkorde, welche nach dem 1. März neu festgelegt werden, sind auf der Grundlage des Reichsmantelvertrages nach den neuen Durchschnittslöhnen aufzubauen. Bei Montagearbeiten erhöht sich der Stundenlohnzuschlag für Groß-Berlin außer Fahrgeld auf 1,10 M. pro Stunde. Für Montagearbeiten in weiterer Entfernung, die ein Uebernachten notwendig machen, wird neben dem Fahrgeld ein Montagezuschlag für jeden Tag, auch für Sonn- und Feiertage, im Betrage von 35 M. Mindestsatz gezahlt.

Dieses Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1922.

## Lohnbewegung der Maler

Die am 24. Februar 1922 bei Boeker in der Weberstraße stattgefundene Versammlung der Maler beschäftigte sich mit dem Ergebnis der örtlichen und zehntägigen Verhandlung im Reichsarbeitsministerium über den Abschluß eines Reichstarifs und Erhöhung der Löhne ab 1. Januar bzw. 15. Februar 1922. Die Berichterstatter Jakobeit und Bötzer schilderten die Schwierigkeiten der Verhandlungen, die noch sehr ungünstig beeinflußt wurden durch die große Arbeitslosigkeit im Malergewerbe. Der Reichstarif hat nur sehr wenige Aenderungen erfahren, jedoch ist den örtlichen Verbänden jetzt mehr Gelegenheit gegeben, durch örtliche Verhandlungen den örtlichen Verhältnissen weiter Rechnung zu tragen.

Im Anschluß an den Abschluß des Reichstarifvertrages wurde wieder eine zentrale Lohnregelung vorgenommen, die sich auf etwa 300 Lohngebiete in Deutschland erstreckt. Nach der vom Haupttarifamt gefällten Entscheidung beträgt der Minimallohn in Berlin für Malergehilfen über 20 Jahre 14,50 M. pro Stunde, für Malergehilfen unter 20 Jahren 5 Prozent weniger, gleich 13,80 M. pro Stunde.

Wenn auch in der Diskussion zum Ausdruck kam, daß das Resultat in keiner Weise befriedigte, so wurde doch ohne Ausnahme die Tätigkeit des Vorstandes voll gewürdigt.

Da dieser Tagesordnungspunkt den Kommunisten nicht den erwünschten Anlaß gab, ihrer zentralen Parole auf „Entlarvung der Gewerkschaftsführer" nachzukommen, so zettelten sie einen neuen Skandal an, der die Fortsetzung der Versammlung unmöglich machte.

## Einigung im Mansfelder Streik

Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurde gestern in Halle über die Beilegung des Mansfelder Streiks verhandelt. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf folgender Grundlage: Der früher bestehende Manteltarif wird in vollem Umfange bis 1. Juni in Kraft gesetzt. Etwaige zentrale Vereinbarungen über den Manteltarif werden von der Mansfelder Gewerkschaft anerkannt. Die Löhne werden für März um 10 Mark und für in reinem Schichtlohn stehende Arbeiter um 12 Mark erhöht. Die Arbeiter werden heute über diese Vereinbarungen Beschluß fassen.

**Vorläufige Einigung in der österreichischen Metallindustrie.** Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Wiener industriellen Verbandes und den Arbeitnehmern der Metallindustrie führten zu einem vorläufigen Ergebnis. Die Arbeiter erklärten sich bereit, bei Bewilligung der erhöhten provisorischen gleitenden Teuerungszulage in Verhandlungen über die Ersetzung der diesjährigen Indexliste durch die Indexliste des Abbaugesetzes einzutreten. Die Unternehmer stimmten der Erhöhung der provisorischen Teuerungszulage unter gewissen Bedingungen zu, deren Annahme bis 2. März zu erfolgen hat. Heute findet eine Betriebskonferenz statt, welche zu den obigen Beschlüssen Stellung nehmen wird.

**Zum Streik der Tapezierer.** Nachdem am Sonntag fast einstimmig der Streik im Tapeziererberuf beschlossen wurde, fand am Montag die erste Streikversammlung statt. In der von über 1500 Kollegen und Kolleginnen besuchten Versammlung zeigte sich, daß die Tapezierer in ihrer Gesamtheit das scharfmacherische Verhalten der Unternehmer in den Verhandlungen einmütig mit dem generellen Streik beantwortet haben. Die Mitglieder waren sich bewußt, daß es diesmal um mehr geht als bei früheren Lohnbewegungen. Dementsprechend war auch der Geist der Versammlung ein guter, und werden die Tapezierer den Herren Unternehmern zeigen, daß ihr frivoles Beginnen an dem ehernen Willen der Streikenden zunichte gemacht werden wird. Zur weiteren Stellungnahme und Information über den Stand des Streiks wird Donnerstag, den 2. März, nachmittags 2½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, eine Vertrauensmännersitzung stattfinden, zu der alle Vertrauensmänner zu erscheinen haben.

**Kistenmacher! Sperre!** Bei der Firma Hellmuth Hinz, Große Frankfurter Str. 16, sind die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Kistenmacher wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Wir warnen alle Branchenangehörigen, in diesem bestreikten Betriebe Arbeit anzunehmen, da die Firma es ablehnt, mit Vertretern der Organisation in Verhandlungen über die Lohnstreitigkeiten einzutreten. Jede für den Betrieb in Frage kommende Arbeit wird als Streikarbeit betrachtet, und ersuchen wir streng, jeden Zuzug fernzuhalten. — Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Sozialversicherung in Spanien.** Im Lande der sozialen Reaktion, in Spanien, soll es endlich zu einer sozialen Gesetzgebung kommen: die obligatorische Krankenversicherung, die in diesem Lande bisher noch nicht bestand, soll eingeführt werden. Durch diese kleine Abschlagszahlung will der Staat die Aufmerksamkeit von seiner reaktionären Tätigkeit gegen die Arbeiterschaft ablenken.

## Parteiveranstaltungen

### Donnerstag, 2. März

**20. Distrikt.** Die Kinder, die Ostern die Jugendweihe erhalten, kommen pünktlich ½3 Uhr nach Wrangelstraße 128 zum Unterricht.

### Freitag, 3. März

**19. Verwaltungsbezirk (Pankow).** Abends 7 Uhr Sitzung, Mühlenstr. 12.

**10. Distrikt (Gesundbrunnen), 1. Abteilung.** Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Grunert, Pankstr. 50.

**Britz.** In der Aula der 1. Gemeindeschule, Chausseestr. 125, findet unter Mitwirkung der Oberklasse der 32. Gemeindeschule ein Elternabend statt. Einleitende Worte: Genosse Lehrer Adolf Jensen. Im Programm: Gesang, Aufsätze, Gedichte, Theaterszene. Eintrittskarten für Erwachsene 1,50 M., für Kinder 1 M. sind beim Genossen Hase, Mutheshofstraße 3, zu haben. Beginn pünktlich 7 Uhr. Einlaß ab 6 Uhr.

**Spandau.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Knaben-Mittelschule. Vortrag des Gen. Krille über: „Die U. S. P. zur politischen Lage". — Der Kursus über Sozialismus des Gen. Eggert findet bereits um 6 Uhr statt.

## Vereinskalender

### Freitag, 3. März

**Deutscher Werkmeister-Verband Berlin 11.** Abends 7 Uhr Versammlung, Schulaula Petersburger Str. 4.

**Zentralverband der Angestellten.** Kurz-, Galanterie- und Spielwarengroßhandel. Nachm. 5½ Uhr Mitgliederversammlung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße 35. — Fa. Tengelmann und Kaisers Kaffee. Abends 8 Uhr Betriebsversammlung, Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstr. 10. — Getreide und Fourage. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

**Bund der technischen Angestellten und Beamten.** Mitgliederversammlungen: Tempelhof: 7½ Uhr im Kaffee-Restaurant, Berliner Str. 165. Centrum-Süden: 7½ Uhr im Alexandriner, Alexandrinenstr. 37. Neukölln: 7½ Uhr in den Bürgersälen, Bergstr. 147. Oberschöneweide: 7½ Uhr im Hubertus, Edison-, Ecke Waldstraße. Osten II: 7½ Uhr im Logenkasino, Knorrpromenade 2. Schöneberg: 7½ Uhr im Ebershof, Ebersstr. 68.

**Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller.** Reiseartikel und Portefeuillebranche. Abends 7 Uhr Branchenversammlung in der Königsbank, Große Frankfurter Str. 117. Bericht von den Verhandlungen in Frankfurt a. M.

**Steinarbeiter.** Bau- und Grabmalbranche. 6½ Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.

### Sonnabend, 4. März

**Gemaßregelte vom März 1921 der A. E. G. Brunnenstraße.** Abends 6 Uhr Versammlung in der Schulaula Wiesenstr. 66.

### Montag, 6. März

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Staatsbetriebe.** Abends 7 Uhr im Lokal von Roy, Linienstr. 202, Versammlung aller Obleute der Branche Reichsverwaltungen und Reichsbetriebe.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

100 Krankheitsfälle

verschiedenster Art behandelt die Schrift

Der kleine Samariter

mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke

Preis 1,50 Mark

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9